

Antrag

der Abgeordneten Günter Nooke, Ulrich Adam, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Hartmut Büttner (Schönebeck), Kurt-Dieter Grill, Manfred Grund, Josef Hollerith, Dr.-Ing. Rainer Jork, Hartmut Koschyk, Dr. Paul Krüger, Dr. Norbert Lammert, Dr. Michael Luther, Dr. Angela Merkel, Hans Michelbach, Ruprecht Polenz, Christa Reichard (Dresden), Katherina Reiche, Hans-Peter Repnik, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Rupert Scholz, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Diethard Schütze (Berlin), Dr. Christian Schwarz-Schilling, Margarete Späte, Michael Stübgen, Annette Widmann-Mauz und der Fraktion der CDU/CSU

Zehn Jahre Deutsche Einheit

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

I. Der Weg zur Deutschen Einheit

Die Deutsche Einheit ist eine gesamtdeutsche Erfolgsgeschichte. Damit wurden Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen erreicht.

Mit der friedlichen Revolution der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR im Herbst 1989 begann der Prozess der Deutschen Einheit. Im Verlauf dieser erfolgreichen Freiheitsrevolution wurde die SED-Diktatur beseitigt und damit die wichtigste Voraussetzung für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit am 3. Oktober 1990 geschaffen. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ wurden Freiheit und Demokratie erkämpft und mit der Losung „Wir sind ein Volk!“ die Einheit des Landes gefordert.

Die Einheit in Freiheit wäre nicht möglich gewesen ohne europäische Freiheitsbewegungen wie die Charta 77 in der Tschechoslowakei und Solidarnosc in Polen, nicht ohne Glasnost in der Sowjetunion und ohne die Öffnung der ungarischen Grenzen.

In Deutschland war das konsequente Offenhalten der deutschen Frage insbesondere durch verantwortliche Politiker der CDU und CSU die Grundvoraussetzung für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit. Ohne das Festhalten an dem im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland fixierten Anspruch, wonach auch die Deutschen in der DDR zum Geltungsbereich dieses Grundgesetzes gehören, hätte es keine Ausreisebewegung und die damit verbundene Destabilisierung des SED-Regimes gegeben. Besonders wichtig war auch der frühzeitige und konkrete Aufriss über einen möglichen Weg zur staatlichen Wiedervereinigung, wie er im Zehn-Punkte-Plan erfolgte.

Die Deutsche Einheit war das Ziel der übergroßen Mehrheit der Menschen im Osten Deutschlands. Dieses wurde auch durch den überwältigenden Wahlsieg der Allianz für Deutschland bei den ersten freien und geheimen Volkskammerwahlen am 18. März 1990 deutlich. Die Ostdeutschen sahen im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland die einzige Alternative zum untergegangenen kommunistischen System. Der einzig gangbare Weg zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit führte über Artikel 23 des Grundgesetzes, den Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und den Einigungsvertrag.

Außenpolitisch konnte auf die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland und das gewachsene Vertrauen der ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkrieges und der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands in die damalige Bundesregierung aufgebaut werden. In den Zwei-plus-vier-Verhandlungen wurde die Zustimmung der daran beteiligten Länder zur staatlichen Einheit Deutschlands und die Zugehörigkeit des vereinigten Deutschlands zum westlichen Bündnis erreicht. Hier ist vor allem die politische Haltung der USA und der damaligen Sowjetunion hervorzuheben.

II. Zur Lage in den neuen Bundesländern

Zehn Jahre nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in den östlichen Bundesländern im Vergleich zu deren Situation bis zum Jahr 1989 nachhaltig und spürbar verbessert.

Rekonstruierte Altstädte, die Sanierung einer exzessiv zerstörten Umwelt, neue soziale Einrichtungen und eine sich ständig verbessernde Verkehrsinfrastruktur sind für alle sichtbare Zeichen des gemeinsamen Erfolgs der Deutschen Einheit. Das westdeutsche Leistungsniveau der sozialen Absicherung konnte nahezu vollständig auf die neuen Länder übertragen werden. Sowohl Löhne und Gehälter als auch Renten und Haushaltseinkommen haben sich seit 1990 Jahr für Jahr immer mehr erhöht und nähern sich dem Niveau der alten Länder.

Im Transformationsprozess von einer ehemals sozialistischen und planwirtschaftlich gelenkten zu einer der sozialen Marktwirtschaft verpflichteten Ökonomie konnten große Erfolge in den neuen Bundesländern erzielt werden. Der größte Teil der jetzigen betrieblichen Anlagen wurde nach 1990 errichtet. Es gibt Standortvoraussetzungen, wie den der Telekommunikation, bei denen die neuen Länder bereits über die modernsten Technologien verfügen.

In kurzer Zeit konnten die Institutionen des Rechtsstaats und die dafür notwendigen Strukturen in den neuen Bundesländern aufgebaut werden. Die neuen Bundesländer sind seit dem 3. Oktober 1990 gleichberechtigte Bestandteile der föderalen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Erfolge der Deutschen Einheit basieren einerseits auf der Leistungskraft und Leistungsbereitschaft der Ostdeutschen sowie andererseits auf der Bereitschaft zu materieller und nichtmaterieller Solidarität der Westdeutschen. Auch weiterhin müssen die Leistungspotentiale aller Deutschen entfaltet werden, damit der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern fortgeführt werden kann. Dieser ist noch nicht abgeschlossen. Besonders wichtig ist es, die Voraussetzungen für innovative Wirtschaftszweige und Zukunftstechnologien in den neuen Bundesländern weiter zu verbessern.

Die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist eine der bedrückendsten Erblasten, welche die Bundesrepublik Deutschland vom realsozialistischen Wirtschaftssystem der DDR übernommen hat. Die Anstrengungen der Politik für die neuen Länder müssen darauf gerichtet sein, dort die Rahmenbe-

dingungen für die Schaffung rentabler Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Dem seit zwei Jahren wieder extrem angestiegenen Trend, wonach gerade junge und leistungsstarke Arbeitskräfte die neuen Bundesländer verlassen, muss durch wirksame Maßnahmen begegnet werden. Die Ostdeutschen haben in den letzten zehn Jahren ein hohes Maß an Flexibilität gezeigt. Es darf aber nicht Ziel der Politik sein, einer Überalterung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern Vorschub zu leisten, indem die Abwanderung junger und leistungsstarker Arbeitskräfte in die alten Bundesländer finanziell unterstützt wird. Vielmehr ist es wichtig, Bedingungen für ihre Rückkehr zu schaffen. Solche Bedingungen können nur in der Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes neue Bundesländer bestehen.

Eine Bilanz zum zehnten Jahrestag der Deutschen Einheit muss auch einen objektiven Blick auf das Erbe der SED-Diktatur beinhalten. Die kommunistische Ideologie war spätestens mit der friedlichen Revolution der Ostdeutschen gescheitert. Deren daraus resultierende ökonomische und soziale Verwerfungen sind Erbschaften, mit denen sich das vereinte Deutschland insgesamt auseinandersetzen muss. Dabei sollte von der Voraussetzung ausgegangen werden, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Ländern aus der Zeit der SED-Diktatur weniger die gescheiterte kommunistische Ideologie als vielmehr 40 Jahre anderer Sozialisation nachwirken.

Von der Mehrheit der Ostdeutschen werden die Institutionen des freiheitlichen Rechtsstaates nicht nur akzeptiert und angenommen, sondern auch positiv bewertet. Bestehende mentale Unterschiede und auch ein teilungsbedingter Nachholbedarf z. B. bei der Infrastrukturausstattung können nicht nur auf föderale Unterschiede reduziert werden, wie sie beispielsweise zwischen Süden und Norden bestehen. Im Sinne unserer repräsentativen Demokratie wollen die Menschen in den neuen Bundesländern, dass ihre spezifischen – ostdeutschen – Probleme in den Reden der Politiker vorkommen und für sie nachvollziehbar Verbesserungen erreicht werden.

Eine Bilanz von zehn Jahren Deutscher Einheit muss auch die Menschen im Blick haben, die in der Vergangenheit unter dem SED-Regime gelitten haben. Ohne deren Engagement für Freiheit und für die Überwindung der zweiten deutschen Diktatur wäre die Wiederherstellung der staatlichen Einheit nicht zustande gekommen. Für diese Opfer und deren Kampf für Demokratie muss die Politik nicht nur eine angemessene ideelle, sondern auch materielle Entschädigung bereitstellen. Zum gemeinsamen Geschichtsverständnis der Bundesrepublik Deutschland muss das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen gehören. Deshalb muss die Bundesregierung auch für eine ausreichende Finanzierung der Gedenkstätten für die Opfer der SED-Diktatur sorgen.

2. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

III. Konkrete Maßnahmen zum Aufbau Ost

Für den dauerhaften Erfolg beim weiteren Aufbau Ost sind folgende Maßnahmen besonders wichtig:

Kurzfristig

Die Mittel für die wirtschaftsnahe Infrastruktur sind im Haushalt 2001 zu erhöhen. Dadurch könnte die Baukonjunktur gestützt und die Basis für private Investitionen verbessert werden.

Auch ostdeutsche Unternehmen brauchen Marktchancen im Ausland. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Sonderprogramm zur Exportförderung Ost sofort zu intensivieren.

In Ostdeutschland muss ein eigenständiger Energiestandort erhalten bleiben. Jede Verzögerungsstrategie beim Verkauf der e.on-Anteile schadet den neuen Bundesländern.

Die Ökosteuer wirkt in den neuen Bundesländern doppelt negativ und muss abgeschafft werden. Gerade für die neuen Länder sind sie eine zusätzliche Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung.

Der wachsende Wohnungsleerstand muss wesentlich entschiedener bekämpft werden. Wir fordern von der Bundesregierung weitere Entlastungen der Wohnungsgesellschaften von Altschulden.

Mittelfristig

Auf der Basis einer Bilanz von zehn Jahren Aufbau Ost erscheint es zwingend notwendig, den Förderkatalog Ost zu überarbeiten und einen Schwerpunkt bei Investitions- und Innovationsförderung zu setzen.

Von entscheidender Bedeutung für die Planungssicherheit in den neuen Bundesländern ist die zügige Verhandlung des Solidarpaktes II und seine schnelle Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturen der Trägergesellschaften sind zu überprüfen. Wo es möglich ist, sind Mittel umzuschichten und neue Brücken in den ersten Arbeitsmarkt zu bauen.

Die Standort-Werbung Ostdeutschland im Ausland durch das Industrial Investment Council sollte über 2001 verlängert werden.

Die Entschädigungsleistungen für SED-Opfer sind zu erhöhen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine monatliche Ehrenpension für die Opfer politischer Verfolgung einzuführen und eine Erhöhung der Kapitalentschädigung zu beschließen.

Die wichtige Arbeit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR muss weiterhin sichergestellt sein und bisher nicht erschlossene Stasiunterlagen müssen schneller verfügbar gemacht werden.

Langfristig

Im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich und dem Solidarpakt II sollten die Mischfinanzierungen verringert und die zweckungebundenen Mittelzuweisungen erhöht werden, um so eine Stärkung von Länderkompetenzen und Eigenverantwortlichkeit zu erreichen.

Am überzeugendsten sind Modellprojekte und erfolgreiche Beispiele aus den neuen Bundesländern. Dazu sollten Verwaltungsmodernisierungsprojekte auf kommunaler und Länderebene genauso gehören wie innovative Schul- und Sozialprojekte vor Ort.

Die vorhandenen Standortvorteile im Osten sind zu nutzen. Dazu gehören das 12-jährige Abitur, eine positive Einstellung zu Naturwissenschaften und Technik und zur Elitenbildung. Schule, Hochschule, Wirtschaft und Technologieentwicklung sollten miteinander verknüpft werden.

Die Vorgaben der Föderalismuskommission sind zu beachten. Es geht um eine vorrangige Ansiedlung und – sofern geplant – eine nachrangige Schließung von Bundesbehörden im Osten.

Die Renten der Ostdeutschen sollten weiter an das Westniveau angeglichen werden. Bei der Rentenreform ist die spezifische Situation der jetzt in Rente kommenden Generation in den neuen Bundesländern zu beachten, die keine Chance zur privaten Vermögensbildung hatte.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Perspektive für eine differenzierende Lohnangleichung im öffentlichen Dienst zu entwickeln.

Jede Form von EU-Zentralismus sollte bekämpft werden. Wichtig ist eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene, statt neuer europäischer Harmonisierung und EU-Beschäftigungspakte.

Die EU-Osterweiterung ist durch die Planung und den Ausbau transeuropäischer Netze zu flankieren.

Die neuen Bundesländer sollten alle Chancen erhalten, um sich auf die neuen Märkte in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu orientieren. Die Bundesregierung sollte für die EU-Osterweiterung werben, die regionale Wirtschaftsförderung in den Euroregionen vereinfachen und neu ausrichten.

Berlin, den 29. September 2000

Günter Nooke

Ulrich Adam

Dr. Sabine Bergmann-Pohl

Hartmut Büttner (Schönebeck)

Kurt-Dieter Grill

Manfred Grund

Josef Hollerith

Dr.-Ing. Rainer Jork

Hartmut Koschyk

Dr. Paul Krüger

Dr. Norbert Lammert

Dr. Michael Luther

Dr. Angela Merkel

Hans Michelbach

Ruprecht Polenz

Christa Reichard (Dresden)

Katherina Reiche

Hans-Peter Replik

Christian Schmidt (Fürth)

Dr. Rupert Scholz

Reinhard Freiherr von Schorlemer

Diethard Schütze (Berlin)

Dr. Christian Schwarz-Schilling

Margarete Späte

Michael Stübgen

Annette Widmann-Mauz

Friedrich Merz

Michael Glos und Fraktion

